

JENS VAN SCHERPENBERG

GROSS

DEUTSCHLAND RÜSTET

MACHT

FÜR DIE FÜHRUNG EUROPAS

SUCHT

WESTEND

WESTEND

Jens van Scherpenberg

Großmachtsucht

Deutschland rüstet
für die Führung Europas

W E S T E N D

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-98791-342-6

1. Auflage 2026

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Druck und Bindung: CPI Clausen & Bosse GmbH, Birkstr. 20, 26917 Leck

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung	9
I. Deutsche Zeitenwindungen	19
II. Aufstieg zur europäischen Führungsmacht	25
III. »Friedensmacht« in der Krise	123
IV. Hochmut kommt nach dem Fall	157
V. Großmacht Europa – Deutschland am Ziel	189
VI. Kosten und Nutzen deutscher Großmachtpolitik	211
VII. Die innere Front heute	229
VIII. Welche Macht, wenn nicht Großmacht?	259
Schluss: Es ist kein Glück, einem Staat mit Großmachtsucht anzugehören	267
Literatur	273
Anmerkungen	279

»Russland muss sich zurückziehen,
muss verlieren lernen wie Deutschland 1945.«

Oberst a. D. Roderich Kiesewetter MdB, CDU

Einleitung

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine unbestrittene Erfolgsstory. 80 Jahre nach der vernichtenden Niederlage des »Dritten Reichs« der Nazis hat sich das Land aus einem Trümmerhaufen unter fremder Kuratel nicht nur wirtschaftlich und politisch zur Führungsmacht in Europa aufgeschwungen. Inzwischen will Deutschland ganz offiziell mit der demnächst »konventionell stärksten Armee Europas« auch militärisch die Führung in Europa übernehmen, wie es Bundeskanzler Merz in seiner ersten Regierungserklärung im Mai 2025 ankündigte.

Was die Führer des jeweiligen deutschen Staats in zwei Anläufen im 20. Jahrhundert versuchten – aus Deutschland die führende Großmacht auf dem europäischen Kontinent zu machen –, endete in verheerenden Katastrophen. Der dritte Versuch soll nun endlich gelingen. Deutschland will mit Europa endlich mitspielen in der gewaltsamen Konkurrenz der großen Mächte.

Auf diesen Erfolg dürfen, ja sollen die Bürger des deutschen Staates stolz sein. So wird es ihnen nicht nur zu allen passenden Jubiläen von den Inhabern der höheren Staatsämter wie den staatstragenden Medien nahegebracht.

Diese Botschaft an das Staatsvolk war auch von Beginn der Bundesrepublik an nötig – und ist es bis heute. Denn es ist ja nicht der Erfolg der Bürger, auf den sie stolz sein sollen, sondern der ihres Staates. Dass dieser in den letzten 76 Jahren seine Bürger mit größter Selbstverständlichkeit zunächst für die Wiedergewinnung, seitdem für die stetige Erweiterung seiner Souveränität als Arbeitskräfte und Soldaten in Anspruch genommen hat, fällt kei-

neswegs mit deren materiellen Interessen an einem besseren Leben zusammen. Davon, dass Deutschland wieder die Großmacht ist, die in Europa wirtschaftlich und politisch den Ton angibt, ja es inzwischen sogar mit der Atommacht Russland aufnehmen will, kann sich nun einmal nichts kaufen, wer froh ist, durch tägliche Arbeit für fremde Herren den Lohn zu verdienen, mit dem er sich seine Lebensnotwendigkeiten – Essen, Kleidung, Wohnung – und vielleicht einen »kleinen Wohlstand« – Ausgehen, Auto, Urlaubsreisen – leisten kann. Noch weniger gilt das für die vielen Millionen Armen im reichsten Land der EU, die im Niedriglohnsektor Beschäftigten und ihre Kinder, die wachsende Zahl der in beengten, überbezahlten Wohnungen Lebenden oder gar in die Obdachlosigkeit Gedrängten.

So ist die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland vor allem eine ihres gewachsenen politischen Gewichts, der Potenz ihrer Volkswirtschaft, kurz: ihrer Macht als Staat in der internationalen Staatenkonkurrenz. Darauf stolz sein zu wollen als Bürger dieser Macht ist ein ziemlich schwacher Trost, wenn es gilt, mit den eigenen bescheidenen Lebensverhältnissen zurechtzukommen. Das war denn auch nicht immer so.

Wie schon in der revolutionären Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs verbanden viele Menschen in Deutschland auch nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Losung »Nie wieder Krieg!« die Forderung, dass Schluss sein müsse mit dem Verschleiß der Menschen für die Gewinne des Kapitals, erst recht mit dem massenhaften Verheizen von Menschenleben für deutsche Großmachtambitionen. Der künftige Staat müsse sich dem Wohl der Bürger verpflichten. Nach 1918 wurden diese Forderungen von den rechten Freikorps und den Truppen unter dem Kommando des sozialdemokratischen Reichswehrministers Noske niedergeschlagen. Nach 1945 gab es erneut verbreitete Forderungen nach Abschaffung der kapitalistischen Ordnung, zumindest einer Vergesellschaftung der großen Kapitale. Sie reichten bis in die CDU mit ihrem Ahlener Programm

von 1947 hinein, bis sie schließlich im »Vergesellschaftungs«-Artikel 15 des Grundgesetzes vertrockneten, den der frühere FDP-Justizminister Marco Buschmann anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes zu Recht als »Verfassungsfossil« bezeichnete.¹

Die inneren Gegner neuer deutscher Großmachtträume wussten sich nach 1945 in guter Gesellschaft etwa mit vielen Italienern, Franzosen und Briten, die sich nach dem verheerenden Krieg in starken linken Parteien und Gewerkschaften für ein sozialistisches Gesellschaftssystem, einen anderen, »volksfreundlicheren« Staat einsetzten.

Der Gründungskanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, trieb seinem Volk solche sozialistischen Flausen freilich schnell und mit aller Härte aus. Sein Schluss aus den bisherigen Katastrophen deutscher Großmachtspolitik war ein anderer. Nicht der deutsche Anspruch, in der Konkurrenz der großen Mächte Europas an der Spitze zu stehen, sollte aufgegeben werden, nur die bisherigen gescheiterten Wege zu diesem Ziel. Die Erfahrungen der Kriege um die Vorherrschaft in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben unter der Kanzlerschaft Adenauers eine neue deutsche Staatsräson entstehen lassen: Im Alleingang die Führung in Europa anzustreben, ist nicht möglich. Die Bundesrepublik brauchte dafür die USA, die im eigenen Interesse an einem starken Brückenkopf gegen die andere nukleare Weltmacht Sowjetunion in Europa den (west-)deutschen Aufstieg zur »vollen Souveränität«, also zu einer europäischen Großmacht, förderten. Und sie brauchte die Partnerschaft mit Frankreich, um den europäischen Zusammenschluss zu erreichen, der den Rahmen für eine nichtkonfrontative, nicht auf sich allein gestellte deutsche Großmachtspolitik bilden musste, hin zu einem europäischen Machtblock, der dank deutscher Wirtschaftskraft und Bevölkerungsstärke quasi naturwüchsig unter deutscher Führung stehen würde.

Diese beiden zentralen Elemente der deutschen Staatsräson sind jedoch nicht widerspruchsfrei. Machtkonkurrenz bestimmt weiter-

hin die Beziehungen zu Frankreich und ist ständige Quelle von Misstrauen und Streit. Der Rückhalt durch die USA und die Einbettung in die NATO haben es der westdeutschen wie ab 1991 der vereinten Bundesrepublik erlaubt, sich gegen den Führungsanspruch des nuklear bewaffneten französischen Rivalen in Europa zu behaupten und die eigene Wirtschafts- in politische Führungsmacht umzusetzen.

Zugleich braucht Deutschland das enge Bündnis mit Frankreich als Basis für Funktionieren und Einfluss der EU als internationaler Akteur, um sich als EU-Führungsnation von der Dominanz Amerikas zu emanzipieren. Denn gegenseitiges Misstrauen – über die Verlässlichkeit Deutschlands als Bündnispartner und die der USA als Schutzmacht Deutschlands – begleitete stets auch die transatlantische Beziehung.

Das ist das beherrschende Dilemma deutscher Außenpolitik zwischen USA und Frankreich, das sie zu überwinden versucht. Es ist daher ein Leitmotiv dieses Buches.

Sich als Macht in der internationalen Staatenkonkurrenz durchzusetzen, verlangt jedoch auch entschlossene Machtausübung nach innen. Das Volk, über das der Staat das Kommando hat, muss tauglich sein als Menschenmaterial für die Großmachtambitionen seiner Führung. Großmachtpolitik ist eben nicht nur außenpolitische Einflussnahme, sondern zugleich notwendig systematische Stärkung der inneren politischen und ökonomischen Machtbasis als Grundlage erweiterter staatlicher Handlungsfähigkeit. Zwar entscheidet letztlich »hard power«, entscheiden die tatsächlichen militärischen Machtmittel eines Staates über seine Stellung in der internationalen Staatenkonkurrenz, auch die aber nur, wenn dahinter ein »kriegstüchtiges« Volk steht, eine Bevölkerung also, die für den Staat ihre eigenen Lebensinteressen in aller Radikalität zurückstellt, mit ihrem Leben für den Staat einzutreten bereit ist. Und da reichte es nicht, dass den Westdeutschen durch Adenauer der Sozialismus ausgetrieben worden war. Da hat die Großmacht

Deutschland in Gestalt ihres politischen Führungspersonals inzwischen Kritik zu üben am eigenen Volk, dessen Kriegsbereitschaft noch immer zu wünschen übrig lässt.

Wenn das vorliegende Buch in groben Zügen das deutsche Streben nach Großmacht, nach Führung in einem integrierten Europa als machtvollen Akteur mit Weltgeltung nachzeichnet, entzieht es sich bewusst der deskriptiven politologischen Debatte über die Natur deutscher Macht. Ist Deutschland eine »Zivilmacht«, eine »Friedensmacht«, eine »Handelsmacht«, ein »Semihegemon«, ein »zögerlicher Hegemon«, ein »embedded hegemon«, eine »Vormacht wider Willen« oder doch ein »dominanter Hegemon«? Darüber haben sich buchstäblich die Gelehrten gestritten, wie Hans-Peter Schwarz, Hans Kundnani, Hans Maull, Stephan Bierling, Herfried Münkler und andere. Mit dem Übergang Deutschlands zur dominanten Kriegsmacht in Europa hat sich diese Debatte ohnehin erledigt.¹

Ausgangspunkt ist die Kritik an der Logik staatlicher Machtpolitik und damit am Prinzip »Staat« als solchem, als gegenüber der Gesellschaft verselbstständigter Instanz, die – ob demokratisch oder autoritär verfasst – um ihres eigenen Machtinteresses willen Land und Leute unter ihrer Herrschaft als Material für die Verfolgung dieses Interesses betrachtet und sie gemäß ihrer höchst unterschiedlichen Nützlichkeit für das Staatsinteresse behandelt.

Vertraute blumige Verzierungen dieser Politik wie »transatlantische Wertegemeinschaft« werden in diesem Buch ebenso auf ihren harten Interessenkern zurückgeführt wie Klagen über »amerikanische Gängelung«, gegen die es eine »Beziehung auf Augenhöhe« einzufordern gelte. Das Gleiche gilt für die deutsch-französischen Beziehungen. Die »deutsch-französische Freundschaft« ist ein Eckpfeiler der deutschen Staatsräson – und steht doch vor allem für

I Schon aus diesem Grund, von der Lesbarkeit ganz abgesehen, beschränken sich die Literaturhinweise auf das für den Argumentationsgang Nötige.

das Eingeständnis, dass sich deutsche Interessen, bei allen Gegensätzen, kaum gegen Frankreich verfolgen lassen und umgekehrt; dass beide, wiewohl Rivalen um die Führung in Europa, ihren Führungsanspruch nicht gegen den anderen durchsetzen können, weil sie aufeinander angewiesen sind, was sie aber von ihrer Rivalität bis heute nicht Abstand nehmen lässt, sie eher weiter anstachelt.

Die moralisch aufgeladenen Floskeln von Freundschaft und Gemeinschaft zwischen Nationen verleihen eben vor allem dem Bestreben höhere Weihen, den anderen Staat unter Einsatz der eigenen Machtmittel für das eigene nationale Interesse in Dienst zu nehmen.

Seiner ideologischen Überhöhung entkleidet lässt sich dieses instrumentelle Verhältnis zwischen Staaten, zumal zwischen großen und kleineren Mächten, auch schlicht als »Imperialismus« bezeichnen. Allerdings wird das Wort Imperialismus heute in der deutschen Öffentlichkeit, wenn nicht historisierend dem »Kolonialzeitalter« zugewiesen, nur auf jene Mächte angewandt, deren außenpolitische »Einflusszonenpolitik« den ausgreifenden deutsch-europäischen und »westlichen« weltweiten Ordnungsansprüchen in die Quere kommt: Russland und China. Denn die EU ist, wie Olaf Scholz als Bundeskanzler in der FAZ klarstellte, »die gelebte Antithese zu Imperialismus und Autokratie«.²

Für die EU und die übrige westliche Welt wird lieber von Hegemonie gesprochen, wenn es um die Hierarchie zwischen Nationen geht. Hegemonie soll unterstellen, dass die Hegemonialmacht durch nützliche Dienste wie Sicherheit oder vorteilhafte Handelskonditionen das »freiwillige« Einvernehmen der schwächeren Nationen erlangt. Nur beruht diese Freiwilligkeit, wenn sie überhaupt besteht, auf der ständigen Drohung der Hegemonialmacht, solche Vorteile jederzeit entziehen zu können, sollten die betreffenden Staaten die »liberale Ordnung« der Hegemonialmacht verletzen. Das lässt die Differenz zwischen »Hegemonie« und »Imperialismus« recht künstlich erscheinen. Aus gutem Grund charakterisiert

daher – der antiimperialistischen Neigungen gewiss unverdächtige – Carlo Masala (2023, S. 38) diese seit Clinton von »liberalen Internationalisten« propagierte Weltsicht despektierlich als »liberalen Imperialismus«, dessen Zeitalter heute unwiederbringlich vorbei sei.

Von ungebrochener, sogar zunehmender Aktualität ist hingegen die klassische Variante von Imperialismus, heute unter dem Titel »Wahrnehmung berechtigter Sicherheitsinteressen«: die Aneignung fremden Territoriums mitsamt oder durch Tötung und Vertreibung des dort ansässigen lebenden Inventars. Die regionale Großmacht Israel demonstriert das zurzeit in aller Brutalität in Gaza und den palästinensischen Gebieten westlich des Jordans wie auch in Syrien und dem Südlibanon.

Dass US-Präsident Trump die Panamakanalzone sowie Grönland, wenn nötig, mit militärischer Gewalt den USA einverleiben und am liebsten auch Kanada zum 51. Bundesstaat der USA machen möchte, gilt selbst der Financial Times als »Neoimperialismus«.³ Freilich nicht, weil Trump die Macht Amerikas damit erweitern will, sondern weil er damit gegen die hehren Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen verstieße, die doch in der Ukraine gerade gegen die Landnahme durch den russischen »Neoimperialismus« verteidigt werden.

Ansonsten ist »Imperialismus« heute überwiegend ein Wort der Linken – wird aber auch hier allzu oft nur als moralischer Kampfbegriff verwendet, nicht als sachliche Bestimmung der Logik der Außenpolitik der großen kapitalistischen Mächte, wie sie aus ihren Interessen folgt.

Für Deutschland und seinen Aufstieg von der Kriegsverlierernation unter Hoheit der vier Besatzungsmächte zur Führungsmacht in der EU werden diese Logik und die Widersprüche, auf die sie trifft, in diesem Buch herausgearbeitet.

Es geht um eine grundsätzlich andere Sichtweise auf die großmachtorientierte deutsche Außenpolitik, um eine Kritik der Selbst-